

Die  
"Weißeritz-Zeitung"  
erscheint wöchentlich drei-  
mal: Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. —  
Preis vierteljährlich 1 M.  
25 Pfg., zweimonatlich  
84 Pfg., einmonatlich 42  
Pfg. Einzelne Nummern  
10 Pfg. — Alle Postan-  
stalten, Postboten, sowie  
die Agenten nehmen Be-  
stellungen an.

# Weißeritz-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadträthe zu Dippoldiswalde und Frauenstein.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Inserate, welche bei der  
bedeutenden Auflage des  
Blattes eine sehr wirt-  
same Verbreitung finden,  
werden mit 10 Pfg. die  
Spaltenzeile oder deren  
Raum berechnet. — Ta-  
bellarische und complicirte  
Inserate mit entsprechen-  
dem Aufschlag. — Einge-  
sandte, im redaktionellen  
Theile, die Spaltenzeile  
30 Pfg.

Nr. 52.

Sonnabend, den 5. Mai 1883.

48. Jahrgang.

## Politische Wochenschau.

**Deutsches Reich.** Der Kaiser hat seine 14tägige Frühjahrskur in Wiesbaden, welche die günstigste Wirkung auf das Gesamtbefinden des greisen Monarchen ausgeübt, beendet und ist am vergangenen Dienstag im besten Wohlbefinden wieder in Berlin eingetroffen. Der Kaiser gedenkt bis zur Beendigung der Frühjahrsbesichtigungen der Garde, welche am Mittwoch ihren Anfang genommen haben, noch im königlichen Schlosse zu Berlin zu residiren, um dann zu dem gewohnten Sommeraufenthalt nach Neu-Wabelsberg überzusiedeln. — Der Reichstag hat am Montag den ersten jener so wichtigen Gesetzeswürfe, welche ihn in der gegenwärtigen Session beschäftigen, das Krankenlaffengesetz, in zweiter Berathung angenommen. Es ist hiermit eine bedeutende Entscheidung in der Arbeitergesetzgebung getroffen und dies, wie auch der im Allgemeinen glatte und ruhige Verlauf der Debatten über das Krankenlaffengesetz, läßt hoffen, daß die noch übrigen unerledigten Vorlagen sozialpolitischer Natur ebenfalls die Zustimmung des Parlamentes finden werden. Am Dienstag erledigte der Reichstag in dritter Lesung das Gesetz über die Reichskriegshäfen und beschäftigte sich sodann mit Wahlprüfungen. Nach einem heftigen Ausfall des sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht gegen die Manipulationen der sächsischen Regierung bezüglich der sozialdemokratischen Kandidaten wurden die Wahlen der Abgg. Stübel, Postelmann, v. Pilgrim und Graf v. Kwielen für gültig erklärt, diejenigen der Abgg. Stoll (Greifswald), v. Schwarze und Schmidt (Eberfeld) beanstandet. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den vom Abgeordneten Nidert (Sejessionist) eingebrachten sensationellen Antrag: die für das Unfallversicherungsgesetz eingesetzte Kommission zu erforschen, über die grundlegenden Paragraphen 1—14 dieses Gesetzes baldigt und vor der weiteren Durchberathung des Gesetzes Bericht zu erstatten. Der Antrag hat den Zweck, zur raschen Förderung des ganzen Gesetzentwurfes über die genannten Paragraphen eine Verständigung im Hause herbeizuführen und somit die Verhandlungen des Plenums über das Unfallversicherungsgesetz wesentlich zu vereinfachen. Der Antrag wurde schließlich auf Vorschlag des Abgeordneten Windthorst mit 113 gegen 92 Stimmen an die Unfall-Kommission zur Berichterstattung überwiesen. — Das preussische Abgeordnetenhaus, dem bis auf Weiteres die Vormittagsstunden zur Abwicklung seiner Geschäfte eingeräumt sind, nahm am Montag das Organisationsgesetz in zweiter Lesung vor. Am Dienstag begann das Haus die Spezialdebatte über das Zuständigkeitsgesetz, welche an diesem Tage eine sehr umfassende und an persönlichen Zwischenfällen reiche war. Die Diskussion endete damit, daß die §§ 7, 9 und 25, welche die Staatsaufsicht über die Kommunalverbände regeln, nach den Beschlüssen der Kommission angenommen wurden. — Der Kaiser hat durch Kabinettsordre, datirt Wiesbaden, 23. April, die vom Staatsministerium zum 1. Januar 1884 beantragte Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung — welche Maßregel die Feststellung neuer zweckentsprechender Kommunalwahlbezirke für Berlin ermöglichen soll — genehmigt. — Von der preussischen Regierung ist dem Polen-thum eine nicht unwichtige Konzession gemacht worden. Ein Erlass der Regierung vom 7. April d. J. bestimmt, daß die deutsche Sprache bei Ertheilung des katholischen Unterrichts in den Mittel- und Oberstufen der öffentlichen und Privatschulen in Posen ausschließlich anzuwenden sei. Jetzt hat nun die Regierung in Posen eine Ergänzung hierzu erlassen, wonach obige Bestimmung nur dann in Kraft treten soll, wenn die Kinder polnischer Sprache in der Kenntniß der deutschen Sprache soweit vorgeschritten sind, daß das richtige Verständniß auch bei der Unterweisung in der deutschen Sprache zu erreichen ist. In allen andern Fällen verbleibt es demnach bei der Unterrichtsertheilung in polnischer Sprache.

**Oesterreich-Ungarn.** Der erbitterte Kampf, der im österreichischen Abgeordnetenhaus während der jüngsten Wochen um die Novelle zum Volksschulgesetz geführt wurde, wirkt noch immer in den Gemüthern nach. Die vereinigte Linke wollte aus Verdruss über den für sie ungünstigen Verlauf der Debatten sogar ihre Mandate niederlegen, womit der Weg zur passiven Opposition betreten worden wäre, doch wurde auf Anrathen einiger gemäßigter Führer dieser Beschluß, dessen Spitze sich leicht gegen die liberale Partei selbst kehren konnte, wieder aufgegeben. Aber auch auf Seiten der Regierung und der polnisch-czechisch-meritalen Partei ist man gerade nicht in großer Siegesstimmung, denn die Annahme der Schulnovelle erfolgte bekanntlich nur mit einer Majorität von drei Stimmen, so daß man auf der rechten Seite des Reichsraths allerdings keine Ursache hat, diesen Sieg besonders zu feiern. Ueberdies hat das Votum der Majorität selbst bei vielen Wählern im Lager der Rechten Mißfallen erregt, so daß die Debatten über die Schulnovelle nur allseitige Verstimmung zurückgelassen haben. — Prinz Wilhelm von Preußen kehrte am Mittwoch von den Jagden in der Steiermark nach Wien zurück und begab sich am nächsten Tage in Begleitung des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich nach Prag, der Residenz des kronprinzlichen Paares. Hier war für Freitag große Parade angelegt und gedachte sich Prinz Wilhelm am Sonnabend direkt von Prag nach Berlin zurückzugeben.

**Frankreich.** Die Franzosen können sich über die deutsch-österreichisch-italienische Tripel-Allianz noch immer nicht beruhigen, obwohl schon wiederholt von zuständiger Seite betont worden ist, daß dieses Bündniß keineswegs einen Frankreich feindseligen Charakter habe. Am Dienstag interpellirte im Senate der Herzog von Broglie Namens der orleanistischen Fraktion den Minister des Auswärtigen, Challemeil-Lacour, über diese Angelegenheit. Herr Challemeil-Lacour betonte in seiner Erwiderung, daß die Tripel-Allianz noch kein unbestrittenes Factum sei und sprach im Weiteren sein Bedauern darüber aus, daß die französische Regierung hierüber nichts Näheres wisse. Im Uebrigen wies der Minister auf das Bestreben Frankreichs hin, mit allen Mächten in Frieden zu leben, soweit dies mit seiner Würde verträglich sei; den Gedanken, daß Frankreich je aus dem europäischen Concert ausgestoßen werden könne, wies Herr Challemeil-Lacour entschieden zurück. Der Interpellant erklärte sich von dieser Antwort durchaus nicht befriedigt und sprach daher der Regierung sein Mißtrauen aus, womit die Interpellation erledigt war, die demnach zu irgend einem praktischen Ergebnis nicht geführt hat.

**England.** Schon seit voriger Woche beschäftigt sich das englische Unterhaus mit einer für gewisse parlamentarische Zustände jenseits des Kanals geradezu brennend gewordenen Frage. Es handelt sich nämlich um die von der Regierung eingebrachte Eiddbill, welche es auch anerkannten Atheisten durch die Angelobung an Eidesstatt ermöglichen soll, ihren Sitz im Parlamente einzunehmen — ein nothgedrungenes Zugeständniß des Herrn Gladstone an die Radikalen im Lande. Den Tories ist es natürlich ein Gräuel, daß sich die Hallen des Parlamentes Gottesläugnern öffnen und Himmel und Hölle sind von ihnen in Bewegung gesetzt worden, um die Eiddbill zu Fall zu bringen. Welchen Ausgang die hartnäckig geführten Debatten über die Bill, betreffend den Parlamentsseid, nehmen werden, läßt sich zwar noch nicht mit Gewißheit voraussagen, da aber das Haus am Dienstag den Antrag Gladstone's auf Priorität für die erwähnte Bill mit 157 gegen 105 Stimmen angenommen hat, so kann man hieraus schließen, daß auch die Bill selbst die Zustimmung des Hauses finden wird.

**Holland.** In Amsterdam hat am 1. Mai die Eröffnung der internationalen Ausstellung stattgefunden. Der König und die Königin, die Mitglieder des diplomatischen Corps, die Zivil- und Militärbehörden, die

Ausstellungs-Kommissarien der verschiedenen Länder u. s. w. wohnten dem feierlichen Akte bei. Die Ausstellung ist zahlreich besucht und gewährt, obwohl noch nicht in allen Theilen fertig gestellt, bereits einen imposanten Anblick. Der ehemalige Senator Hartzen wurde vom Könige zum Präsidenten der Jury der Ausstellung ernannt.

**Ägypten.** Der Ausbau der innern Verhältnisse Ägyptens ist wiederum einen Schritt weiter gefördert worden, indem das Land eine neue Verfassung erhalten hat. Letztere ist der Hauptsache nach das Werk Lord Dufferin's, des englischen Rathgebers Tewfik Pascha's, womit Lord Dufferin seine umfassende Thätigkeit im Lande der Pharaonen abschließt. Denn derselbe wartet nur auf die Ankunft des Generalkonsuls Sir Edward Malet, welcher bestimmt ist, den bisherigen Vertreter Englands in Kairo abzulösen, um nach Europa zurückzukehren und seiner Regierung über das von ihm Erreichte auch mündlich zu berichten.

## Lokales und Sächsisches.

**Dippoldiswalde.** Bei der hiesigen Sparkasse wurden im Monat April 502 Einzahlungen im Betrage von 58503 M. 12 Pfg. gemacht, dagegen erfolgten 434 Rückzahlungen im Betrage von 48422 M. 26 Pfg. — Sparmarken à 5 Pf. sind verkauft worden: 2345 Stück.

— Geschäfts-Bericht des Vorschufsvereins für Dippoldiswalde und Umgegend auf den Monat April 1883.

### Einnahme:

12055	Mark	01	Pf.	Kassenbestand vom vor. Monat.
130	=	—	=	Stammeinlagen.
21	=	60	=	Eintrittsgelder und Bücher.
19738	=	37	=	Spareinlagen.
9276	=	55	=	verkaufte Staatspapiere.
105	=	25	=	Zinsen von Staatspapieren.
18030	=	—	=	zurückgezahlte Vorschüsse.
358	=	80	=	Provision für Vorschüsse.
933	=	41	=	Zinsen für Vorschüsse.
60758	Mark	99	Pf.	Summa der Einnahme.

### Ausgabe:

27462	Mark	—	Pf.	gegebene Vorschüsse.
26711	=	19	=	zurückgezahlte Spareinlagen.
23	=	66	=	Zinsen.
948	=	—	=	zurückgezahlte Stammeinlagen und Dividende.
55144	Mark	85	Pf.	Summa der Ausgabe.

— Reklamationen gegen die erfolgte Einschätzung zur Einkommensteuer sind bei Verlust des Reklamationsrechtes binnen drei Wochen, vom Empfange der Steuerzufertigung an gerechnet, unter Beifügung des Originals der Steuerzufertigung zu bewirken. Hierbei ist zu bemerken, daß die Reklamation nur gegen das Gesamtergebniß der Abschätzung gerichtet werden kann und dieselbe vom Reklamant unter genauer Angabe der Höhe aller seiner Einkünfte und der gesetzlich zulässigen Abzüge thatsächlich zu begründen ist. Uebrigens findet eine Reklamation auch dann nicht Beachtung, wenn Reklamant einer ihm zugegangenen Aufforderung zur Deklaration seines Einkommens nicht fristgemäß nachgekommen war oder wenn er eine erforderte schriftliche oder mündliche Auskunft über seine Vermögens- oder Erwerbsverhältnisse verweigert hat oder vor der Einschätzungskommission auf eine zu letzterem Zwecke an ihn ergangene Aufforderung nicht erschienen ist. Ungeachtet der eingemendeten Reklamation ist aber der ausgeworfene Steuerbetrag zu den geordneten Terminen vorbehaltlich der späteren Ausgleichung abzuführen.

**Dippoldiswalde.** Die Versammlung des hiesigen Gebirgsvereins am 2. Mai war, da an derselben mehrere Gäste theilnahmen, die bis jetzt besuchteste von allen Versammlungen. Nach Mittheilung der Eingänge